



KT/04/2024

Abschrift!

Genehmigtes Protokoll

über die öffentliche Sitzung des Kreistages
am Freitag, dem 13.12.2024, 16:04 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg

Beginn: 16:04 Uhr

Ende: 17:46 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Landrat Detlev Kohlmeier
Frau KTA Heide Wirtz-Naujoks, 27318 Hoya
Herr KTA Daniel Barg, 31603 Diepenau
Herr KTA Abdel-Karim Iraki, 31582 Nienburg
Herr stellv. Landrat Maik Beermann, 31634 Steimbke
Herr KTA Hans-Jürgen Bein, 31613 Wietzen
Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe
Herr KTA Tim Hauschildt, 31582 Nienburg
Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmsen
Frau KTA Ute Heitmüller, 31592 Stolzenau
Herr KTA Tim Höper, 31637 Rodewald
Herr KTA Lothar Kopp, 31595 Steyerberg
Herr KTA Heinrich Kruse, 31592 Stolzenau
Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen
Herr KTA Guido Rode, 31632 Husum-Bolsehle
Herr KTA Wilhelm Schlemermeyer, 31582 Nienburg
Frau KTA Barbara Weißenborn, 31582 Nienburg
Frau stellv. Landrätin Anja Altmann, 31582 Nienburg
Herr KTA Henrik Buschmann, 31582 Nienburg
Herr KTA Andreas Cordes, 31622 Heemsen
Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe
Frau KTA Heidrun Kuhlmann, 31628 Landesbergen
Frau KTA Janine Meyer, 31582 Nienburg
Herr KTA Klaus Niepel, 31618 Liebenau
Frau KTA Uta Sievers, 31600 Uchte
Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald
Herr KTA Oliver Ziebolz, 31633 Leese

Herr KTA Dr. Burkhard Bauer, 31600 Uchte
 Frau KTA Kirsten Heusmann, 31582 Nienburg
 Frau KTA Viktoria Kretschmer, 31582 Nienburg
 Herr KTA Dr. Markus Richter, 31547 Rehburg-Loccum
 Frau KTA Rita Schnitzler, 31608 Marklohe
 Herr KTA Jonas Kallendorf, 31633 Leese
 Herr KTA Peter Schiemann, 27318 Hoya
 Frau KTA Katharina Fick, 31637 Rodewald
 Herr KTA Heiko Lange, 27324 Hassel
 Herr KTA Frank Podehl, 31582 Nienburg
 Herr KTA Jörg Hille, 31608 Marklohe
 Herr KTA Anton van den Born, 31547 Rehburg-Loccum
 Herr KTA Heinrich Werner, 31582 Nienburg

Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Lutz Hoffmann
 Frau Kreisrätin Kathrin Woltert
 Herr KVD Torsten Röttschke
 Frau Petra Bauer, Gleichstellungsbeauftragte
 Frau KVR Gun Dachs, Fachbereich Finanzen
 Frau Sabrina Döpke, Vorzimmer Landrat
 Herr KAR Cord Steinbrecher, Büro des Landrates

als Protokollführer

Zuhörerinnen/Zuhörer

20

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Jens Engelking, 31603 Diepenau
 Herr KTA Alfred Plate, 31618 Liebenau
 Herr stellv. Landrat Dr. Frank Schmädeke, 31622 Heemsen
 Herr KTA Fred Siefken, 27333 Warpe
 Frau KTA Annegret Trampe, 31603 Diepenau
 Frau KTA Marja-Liisa Völlers, 31547 Rehburg-Loccum

KT-Vors. Wirtz-Naujoks eröffnet um 16:04 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die zahlreichen Zuschauer:innen auf der Tribüne, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Kreistages sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 25.10.2024
- TOP 2: Annahme einer Zuwendung durch den Kreistag **2024/217**
- TOP 3: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025 **2024/168/1**
- TOP 4: Jahresabschluss 2022 - Entlastung des Landrates **2024/169**
- TOP 5: Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Hannover **2024/174/1**
- TOP 6: Gleichstellungsplan für den Zeitraum von 2024 bis 2026 **2024/195**
- TOP 7: Antrag der Stadt Rehburg-Loccum auf Erhöhung der Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für die Errichtung einer 2-Feld-Sporthalle in Rehburg **2024/191**
- TOP 8: Satzung für das Kreismedienzentrum (KMZ) **2024/212**
- TOP 9: Honorar- und Gebührenordnung für das Kreismedienzentrum (KMZ) **2024/211**
- TOP 10: Berufung von Schülervertreter:innen und Elternvertreter:innen in den allgemein bildenden Schulausschuss **2024/205**
- TOP 11: Benennung eines beratenden Mitgliedes für den Ausschuss für Integration, Sport und Kultur **2024/221**

TOP 12: Erhöhung der Mittel im Rahmen der Richtlinie über die Förderung von Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit mit überörtlicher Bedeutung durch den Landkreis Nienburg/Weser ab 01.01.2025

2024/150

TOP 13: WABE Kooperationsvereinbarung;
hier: Ergänzung/Erweiterung der bestehenden Vereinbarung

2024/151

TOP 14: Mitteilungen/Anfragen

TOP 15: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Die Vorsitzende

Protokollführer

Der Landrat

gez. Wirtz-Naujoks

gez. Steinbrecher

gez. Kohlmeier

Kreistagsvorsitzende

Kreisamtsrat

Kohlmeier



Protokoll zu TOP 1

13.12.2024

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 25.10.2024

Beschluss:

Der Kreistag genehmigt das Protokoll aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 25.10.2024.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit einer Enthaltung

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 2

2024/217

13.12.2024

Annahme einer Zuwendung durch den Kreistag

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Annahme der Zuwendung der LL-Förderstiftung wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2025

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2025 sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 2026 bis 2028 in der jetzt vorliegenden Fassung werden beschlossen.

Abweichend von § 110 Abs. 8 NKomVG wird für das Haushaltsjahr 2025 ein Haushaltssicherungskonzept nicht aufgestellt, da aufgrund der festgestellten Folgen des Krieges in der Ukraine der Haushaltsausgleich nicht erreicht wird (§ 182 Abs. 5 i. V. mit Abs. 4 Nr. 3 NKomVG).

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 36 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

Beratungsgang:

Landrat Kohlmeier führt aus, es gebe am Haushalt des Landkreises Nienburg und an den kommunalen Finanzen insgesamt gar nichts mehr schönzureden, sie seien am Boden. Der Landkreis Nienburg kenne das und habe schon oft weniger gute Haushalte gehabt. Aber auch der Blick über die Kreisgrenzen hinaus zeige inzwischen ein dramatisches Bild. Schon in diesem Jahr könnten 281 von 294 Landkreisen ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen. Das bedeute, binnen Jahresfrist, innerhalb weniger Monate, würden bundesweit Rücklagen in Milliardenhöhe aufgebraucht werden. In den Landkreisen, in denen diese Rücklagen nicht vorhanden seien, würden im gleichen Zeitraum Schuldenberge aufgebaut werden. Daran wirke auch der Landkreis Nienburg mit. Und das obwohl der Landkreis durchaus ein bisschen stolz auf den umfangreichen Schuldenabbau der letzten Jahre blicken könne. Ein Blick in den Vorbericht offenbare eine absehbare mehr als Verzehnfachung der Schulden seit 2021. Die größte Belastung ergebe sich aus den Transferaufwendungen: Hier sei eine Steigerung von 8,6 Millionen Euro auf insgesamt über 200 Mio. Euro im nächsten Jahr zu verzeichnen. Nicht ganz so dramatisch, aber eben auch rasant, entwickelten sich die Ausgaben bei der Eingliederungshilfe. Er kritisiere nicht diese Leistungen an sich. Er kritisiere aber, dass die Finanzierung dieser Leistungen wesentlich aus der kommunalen Brieftasche gesichert werden müsse. Das gelte nicht nur für die Aufga-

be an sich, sondern noch einmal erst recht für das Personal, das dafür beschäftigt werde und für das der Landkreis keine hinreichende Erstattung durch Bund oder Land erhalte. Es brauche dringendst eine Deregulierung, eine Vereinfachung für die vielfältigen Leistungen im Sozialbereich. Verwaltungen von Flensburg bis Garmisch litten unter diesen Strukturen. Im Bund sei beispielsweise eine Diskussion über die Kindergrundsicherung geführt worden. Ihm sei schleierhaft, wie man auf die Idee kommen könne, für eine solche geänderte und ergänzte Leistung eine neue Behörde ins Leben rufen zu wollen. Strukturen seien doch reichlich vorhanden. Die Kindergrundsicherung gehöre zu einer Neuorganisation der sozialen Leistungssysteme wohl dazu. Aber dann müsse sie in die vorhandenen Leistungsstrukturen integriert werden. Es brauche ein wirklich solides Sozialleistungssystem, das die bedürftigen Menschen absichere. Er halte dabei Pauschalen und Budgets für geeignet. Heute werde der Kreistag eine weitere Verschuldung des Landkreises beschließen. Dies halte die Verwaltung nach aller Diskussion und Priorisierung für alternativlos. Den Städten und Gemeinden in diesem Landkreis werden in diesem Zusammenhang zwei Punkte höherer Kreisumlage zugemutet. Er halte auch diesen Ansatz für richtig. Aus der übergeordneten Betrachtung meine er feststellen zu können, dass es auf der gemeindlichen Ebene ein gewisses Verständnis für diese Entscheidung gebe. Der Grund dafür sei, dass das Geld nicht den Gemeinden ODER dem Landkreis, sondern der kommunalen Ebene insgesamt fehle. Es wäre seitens des Landes angemessen gewesen, die kommunale Ebene hier besser zu beteiligen. Die Bereitschaft, auskömmlich zu unterstützen, fehle. Wenn die allernächsten Strukturen vor Ort nicht mehr funktionierten, dann nähmen die Menschen eine gesellschaftliche Gefährdung und eine Unsicherheit in hohem Maße wahr, das müsse unbedingt vermieden werden. Vor allem und in erster Linie in den Dörfern, Städten und Gemeinden, in ihrer unmittelbaren Lebensumwelt erleben die Menschen eine funktionierende staatliche Ordnung, genau dort bewahren oder verlieren sie ihr Vertrauen in die Demokratie. Darum brauche die kommunale Ebene Geld. Landrat Kohlmeier schließt mit einem Zitat des Nds. Städte- und Gemeindebundes: „Politik muss kommunal denken, denn die Städte und Gemeinden sind die Orte der Wahrheit, weil sie die Orte der Wirklichkeit sind.“ Das gibt es unbedingt zu beherzigen.

KTA Niepel erklärt, er danke zunächst der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltes und die gute, informative Darstellung des Zahlenwerks.

Der Landkreis werde künftig mit Defiziten ähnlicher Größenordnung rechnen müssen. Der Anteil der freiwilligen Aufgaben sei dabei verschwindend gering. Unterstützung durch das Land sei nicht zu erwarten. Die Erhöhung der Kreisumlage bringe dem Kreishaushalt pro Punkt 1,9 Mio. Euro. Dabei müsse aber auch berücksichtigt werden, dass für die Unterstützung der Kinderbetreuung ein hoher Millionenbetrag an die Kommunen zurückfließe. In den letzten Jahrzehnten sei öffentliche Infrastruktur schlichtweg kaputt gespart worden. Die Infrastruktur sei aber zu erhalten. Die Haushaltssicherung klopfe an die Tür, ihm fehle die Fantasie dazu, wo noch Einsparungen in relevanter Höhe vorgenommen werden könnten. Die SPD werde dem Haushalt wie vorgelegt zustimmen.

KTA Schiemann bezeichnet den Haushalt als Skandal und einen neuen Negativrekord. Ein Fehlbetrag in einer solchen Größenordnung sei neu und es sei zu befürchten, dass der Landkreis stetig weitere Defizite von Jahr zu Jahr zu verzeichnen habe. Die in der letzten Kreistagssitzung von der AfD-Fraktion vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen seien der einzige Gegenvorschlag aller Fraktionen gewesen. Die Ausgabenseite wachse, ohne dass der Landkreis darauf irgendeinen Einfluss habe. Die

Gründe seien neben der steigenden Inflation auch die steigenden Fallzahlen im Sozialbereich. Dies seien vor allem die Kosten der Unterkunft. Der Mietmarkt sei vollkommen aus den Fugen geraten, weil Wohnungen meist Neubürgern vorbehalten blieben. Bund und Länder entlasteten ihre Haushalte, indem sie die Kommunen faktisch zu Ausfallbürgern machten.

Der Kreisumlage als einzig nennenswertes Instrument gegenüber seien allerdings höchststrichtrich auch Grenzen gesetzt. Kommunen könnten sich dagegen zur Wehr setzen.

KTA Bergmann-Kramer führt aus, die CDU Fraktion werde dem Haushalt zähneknirsch zustimmen. Die Kreisumlage betrage pro Punkt 1,8 Mio. Euro, die Steigerung also 3,6 Millionen. Die Kreisumlage betrage insgesamt 98 Mio. Euro, wobei hier noch 17 Mio. für die Kindergärten noch an die Gemeinden zurückfließen würden. Die CDU-Fraktion betrachte dieses Gesamtwerk als angemessen. Zudem bewerte die CDU die Zusammenarbeit des Landkreises mit den Städten und Gemeinden als familiär und nicht gegeneinander gerichtet. Zudem seien Klagen gegen die Kreisumlageerhebung von Gemeinden in anderen Ländern kürzlich zurückgewiesen worden. Problematisch sei insgesamt die nicht ausreichende Finanzausstattung der Landkreise. Er danke der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Das Land Niedersachsen stelle im Schnitt für den kommunalen Finanzausgleich 286 € pro Kopf pro Jahr weniger als der Durchschnitt aller Flächenländer in Deutschland zur Verfügung. Das entspreche ca. 35 Mio. Euro. Damit würde der Kreishaushalt gar nicht so schlecht aussehen.

KTA Hille erklärt, auch er danke der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Seine Fraktion werde dem Haushalt auch insgesamt zustimmen. Die Erhöhung der Kreisumlage sei zwar schmerzhaft für die Kommunen, insgesamt aber sei sie im Verhältnis zwischen Landkreis und Gemeinden angemessen. Substantiell werde im Übrigen von der AfD nichts beigetragen, außer wenn eine Kamera mitlaufe. Er lade die AfD dazu ein, sich auch in den Fachausschüssen einzubringen. Seine Fraktion wolle jedoch auch noch einen Änderungsantrag zum Haushalt einbringen. Die Vorlage 2024/180 Zukunftsregion Mitte Niedersachsen (ZR MNds.) - Kofinanzierung des Leitprojekts „CO2-arme Siedlung – fossilfrei heizen: Leitfaden Mikrowärmenetze Mitte Niedersachsen“ sei im Ausschuss für Regionalentwicklung noch vertagt worden. Der Kreisausschuss habe das ein paar Tage später aber anders gesehen. Die FDP beantrage, die im Produkt 54 dafür vorgesehenen 130.662,03 Euro verteilt auf drei Jahre aus dem Haushalt zu streichen.

KTA Kuhlmann führt aus, sie wolle klarstellen, dass zur Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung nicht alle Fakten bekannt gewesen seien. Diese seien im Kreisausschuss nachgereicht und Fragen beantwortet worden. Die Sachlage sei also eine andere gewesen als von Herrn Hille geschildert.

KTA Schnitzler erklärt, der Haushalt sei nicht positiv, die Zahlen würden perspektivisch nicht besser werden und der Einfluss des Landkreises begrenzt. Bund und Land stünden beide ebenfalls mit dem Rücken zur Wand. Es sei in dieser Situation wichtig, den Kopf nicht in den Sand zu stecken. Von Ökonomen sei zuletzt durchaus Positives zu hören gewesen. Der Außenhandelsüberschuss sei nach wie vor groß. Das bedeute, dass Deutschland wettbewerbsfähig bleibe. Auch die Arbeitslosenquote sei weit unter dem europäischen Durchschnitt. Experten sähen Deutschland eher in einer notwendigen Transformation als in einer schwerwiegenden Krise. Springe die deutsche Wirtschaft an, dann sähen auch die Haushalte wieder besser aus. Der limitierende Faktor der Zukunft würden die Fachkräfte werden. Deswegen sei es wichtig,

heute die Zukunft planen und nicht zu negativ denken. Der Landkreis müsse an seiner Familienfreundlichkeit arbeiten und beispielsweise das Mobilitätskonzept umsetzen. Dies sei attraktiv für Fachkräfte.

KTA Lange führt aus, auch er danke der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Der Haushaltsplan für das kommende Jahr sei beunruhigend, zumal in den kommenden Jahren keine Verbesserung zu erwarten sei. Nachvollziehbarer Grund hierfür sei, dass Bund und Land ihre avisierten Zahlungsversprechen gar nicht oder nur in Teilen nachkommen würden. Ein Paradebeispiel sei der viel zu geringe Finanzausgleich und das ständige Übertragen neuer Aufgaben ohne der verfassungsrechtlichen Verpflichtung zum unverzüglichen Ausgleich der notwendigen Kosten nachzukommen. Die Samtgemeinden und kleinen Mitgliedsgemeinden des Kreises würden durch die Anhebung der Kreisumlage getroffen und es drohe, dass diese Gemeinden nicht nur ihre Handlungsfähigkeit verlieren, sondern langfristig an Attraktivität einbüßen würden. Auch seine Gemeinde bestreite vieles aus Überschüssen und Rücklagen der vergangenen Jahre. Das gehe an die Substanz. Das Ende der Fahnenstange sei irgendwann erreicht. Auch wenn seine Fraktion in gewissen Teilen die Notwendigkeit der vorliegenden Haushaltssatzung und des Haushaltsplans nachvollziehen könne, werde sie sich dennoch enthalten.

KTA Werner erklärt, er halte die Erhöhung der Kreisumlage um zwei Punkte für angemessen. Die Erhöhung werde auch von vielen mitgetragen, die auch in den Gremien der Städte und Samtgemeinden vertreten seien. Insofern sei eine Mehrheit des Kreistages auch in den Räten verankert. Hinsichtlich der großen Ausgaben im ASD erklärt er, mehr Schulsozialarbeit könne die Kosten langfristig senken. Denn Schulsozialarbeit könne den Anteil der Ausbildungsabbrecher senken und so langfristig Geld einsparen. Die von KTA Schnitzler angesprochene Umsetzung des Mobilitätskonzepts würde den Landkreis 140 Mio. Euro kosten. Das könne sich der Landkreis einfach nicht leisten.

Änderungsantrag :

Die FDP-Fraktion beantragt, aus dem Produktkonto „54110.443100 Geschäftsaufwendungen“ 130.600 Euro für die kommenden drei Jahre für die „Kofinanzierung des Leitprojekts „CO2-arme Siedlung – fossilfrei heizen: Leitfaden Mikrowärmenetze Mitte Niedersachsen“ zu streichen.

Abstimmung zum Änderungsantrag:

Mit Stimmenmehrheit: 5 Ja-Stimmen 31 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen



2024/169

13.12.2024

Jahresabschluss 2022 - Entlastung des Landrates

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

1. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2022 wird beschlossen.
2. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 788.441,67 Euro wird in Höhe von 766.564,03 Euro zum Ausgleich des Fehlbetrages im ordentlichen Haushalt verwendet. Der Restbetrag in Höhe von 21.877,64 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Dem Landrat wird für das Haushaltsjahr 2022 Entlastung erteilt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Landrat Kohlmeier rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

KTA Niepel erklärt, er danke dem Landrat und der Verwaltung für die sehr gute Arbeit. Nur 14 Hinweise und eine Bemerkung seien bei diesem umfassenden Zahlenwert ein gutes Ergebnis. Ihm sei aufgefallen, dass auch die Fraktionen eine Bringschuld hinsichtlich der Abrechnung der Fraktionsgelder hätten. Einige Fraktionen hätten die Abrechnung zu spät eingereicht.



Protokoll zu TOP 5

2024/174/1

13.12.2024

Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Hannover

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

1. Für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Hannover werden vorgeschlagen:
 - Frau Sonja Bergmann-Kramer, Eystrup
 - Herr Ralf Bürmann, Marklohe
 - Herr Thomas Handke, Steyerberg
 - Frau Ute Heitmüller, Schinna
 - Herr Jörg Hille, Marklohe
 - Herr Matthias Hogrefe, Heemsen
 - Frau Viktoria Kretschmer, Nienburg
 - Herr Stefan Meyer, Bücken
 - Frau Andrea Nennecker, Stolzenau
 - Herr Klaus Niepel, Liebenau
 - Frau Elvira Podehl, Nienburg
 - Herr Wilhelm Schlemmermeyer, Nienburg
 - Frau Melanie Westermann, Uchte
 - Herr Oliver Ziebolz, Leese
2. KTA Heidrun Kuhlmann wird zur Wahlbevollmächtigten und KTA Karsten Heineking zu deren Stellvertreter gewählt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit einer Enthaltung

Beratungsgang:

ohne



Gleichstellungsplan für den Zeitraum von 2024 bis 2026

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Der Gleichstellungsplan für den Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2026 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgang:

KTA Heusmann führt aus, der Gleichstellungsplan für die Jahre 2024 bis 2026 sei ein umfangreiches Werk, das einen Überblick über die Verteilung der Geschlechter in den verschiedenen Besoldungsgruppen, Verwaltungsebenen und Fachbereichen gebe. An vielen Stellen gebe es wenig Einflussmöglichkeiten, die jeweilige Unterrepräsentanz eines Geschlechts zu verringern. Teilweise müssten Stellen mehrfach ausgeschrieben werden, bevor sich überhaupt geeignete Bewerberinnen finden würden. Sie habe sich Gedanken zur sogenannten Teilzeitfalle gemacht. 463 Frauen und 225 Männer seien zum Stichtag beim Landkreis Nienburg beschäftigt, davon 34 Männer und 247 Frauen in Teilzeit. Häufigster Grund für eine Teilzeitbeschäftigung sei die sogenannte Care Arbeit, also die Sorge um Kinder und pflegebedürftige Familienangehörige und die damit verbundene klassische Hausarbeit. Diese Aufgaben würden nach wie vor zum großen Teil von Frauen erfüllt und das seien neben einer Vollzeitbeschäftigung selten zu leisten. Teilzeitarbeit über lange Zeiträume hinweg berge aber ein großes Armutsrisiko, vor allem im Rentenalter. Es sei wünschenswert, dass dieses Risiko geschlechtergerecht aufzuteilen. Es brauche mehr Männer, die den Mut und die Motivation hätten, sich im familiären Umfeld stärker zu engagieren. Für den kommenden Gleichstellungsplan sei daher der Wunsch ihrer Fraktion, Männer und junge Väter mehr in den Blick zu nehmen.



Protokoll zu TOP 7

2024/191

13.12.2024

Antrag der Stadt Rehbürg-Lochum auf Erhöhung der Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG für die Errichtung einer 2-Feld-Sporthalle in Rehbürg

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Stadt Rehbürg-Lochum wird für die Errichtung einer 2-Feld-Sporthalle eine Zuwendung aus der Kreisschulbaukasse nach § 117 NSchG in Höhe von höchstens 696.753,77 € auf Basis der Kostenschätzung für eine 1-Feld-Sporthalle gewährt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 8

2024/212

13.12.2024

Satzung für das Kreismedienzentrum (KMZ)

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Satzung für das Kreismedienzentrum (KMZ) wird beschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 9

2024/211

13.12.2024

Honorar- und Gebührenordnung für das Kreismedienzentrum (KMZ)

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Honorar- und Gebührenordnung des Kreismedienzentrums (KMZ) wird beschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 10

2024/205

13.12.2024

Berufung von Schülervertreter:innen und Elternvertreter:innen in den allgemein bildenden Schulausschuss

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Kreistag stellt die Berufung der Schülervertreter:innen

Mitglied: Etienne Januzi, IGS Nienburg
Vertretung: Carl Friedrich Gilster, JBG Hoya,
Vertretung: Salih Sibhau, OBS Loccum

und Elternvertreter:innen

Mitglied: Juliette Schimansky, JBG Hoya;
Vertretung: Andy Wosnitza, IGS Nienburg

in den allgemein bildenden Schulausschuss fest.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 11

2024/221

13.12.2024

**Benennung eines beratenden Mitgliedes für den Ausschuss für Integration,
Sport und Kultur**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Herr Henning Lühring wird anstelle von Herrn Klaus Wesemann in seiner Funktion als 1. Vorsitzender des KreisSportBund Nienburg Weser e. V. als beratendes Mitglied für den Ausschuss für Integration, Sport und Kultur benannt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 12

2024/150

13.12.2024

Erhöhung der Mittel im Rahmen der Richtlinie über die Förderung von Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit mit überörtlicher Bedeutung durch den Landkreis Nienburg/Weser ab 01.01.2025

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Mittelerhöhung zum 01.01.2025 wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KTA Iraki erklärt, die Erhöhung der Zuschüsse für die Durchführung von Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit sei wichtig für unsere Kinder und Jugendlichen hier im Landkreis. Der Landkreis investiere in die Zukunft der Kinder. Daher habe der Landkreis in den letzten Monaten viele Veranstaltungen im Rahmen der Kampagne „weil du wertvoll bist“ durchgeführt. Die regelmäßigen Jugendbefragungen im Rahmen des Projekts Communities that care (CTC) hätten ergeben, dass Kinder und Jugendliche ein sinkendes Selbstbewusstsein oder Selbstgefühlwertgefühl hätten und ihnen Anerkennung durch Erwachsenen fehle. Hier setze die Kampagne an. Nun folgte mit der Erhöhung der Mittel für Kinder und Jugendarbeit eine weitere Maßnahme. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung werde die Preissteigerung in den Seminar- und Freizeithäusern und bei der Verpflegung nicht ausgleichen können. Daher sei die Steigerung nur ein Kompromiss. Wenn es notwendig werde, müsse die Politik hier nachsteuern.

KTA Sievers erklärt, eben sei vorgetragen worden, dass der Kreisjugendring große Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Jugendarbeit habe. Insbesondere gelte das für die unterschiedlichen Fahrten, Jugendlager und die außerschulische Jugendbildung, wie hier zum Beispiel die ganz wichtige Juleika-Ausbildung. Der Kreistag müsse diese Projekte in Zukunft unbedingt unterstützen, denn sie würden Jugendlichen einen Ort bieten, wo sie sich weiterentwickeln könnten, wo sie Werte wie Verantwortung, Gemeinschaft sind und Engagement lernten. Außerdem werde bei dieser so wichtigen Arbeit sichergestellt, dass auch alle Jugendlichen unabhängig von ihrer

sozialen oder ihrem wirtschaftlichen Hintergrund diese Erfahrung machen könnten. Deshalb stimme die SPD der Erhöhung natürlich zu und sei gerne bereit, weitere Gespräche zum Thema zu führen.



Protokoll zu TOP 13

2024/151

13.12.2024

WABE Kooperationsvereinbarung; hier: Ergänzung/Erweiterung der bestehenden Vereinbarung

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Kooperationsvereinbarung wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 39 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

KTA Sievers legt dar, das „Weser-Aller-Bündnis - engagiert für Demokratie und Zivilcourage“ sei ein sehr wichtiges Netzwerk für die beiden Landkreise und Städte geworden. Dies gelte insbesondere, wo Demokratien unserer Zeit heute kein Selbstläufer mehr seien. Sie begrüße, dass es bei WABE kompetente Menschen gebe, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus auskennen und Hilfestellung geben würden, wenn man in der Jugendarbeit Sorge hat, ein junger Mensch könnte in die rechte Szene abrutschen. Positiv sei, dass WABE als Projektträger Fördermittel verteilte. So sei es möglich, ohne viel Bürokratie Fördergelder für niedrigschwellige Demokratieprojekte in den Landkreis zu holen. Die SPD-Fraktion sei sehr zufrieden, dass die Kooperation für so lange fortgeschrieben werden solle.

KTA Schiemann erklärt, er habe sich intensiv mit dem Verein Wabe e.V. befasst. Die Ziele des Vereins seien die Förderung von Toleranz, Demokratie, internationaler Gesinnung und zivilgesellschaftlichen Engagements. Er wolle sich zum Demokratieverständnis dieses Vereins äußern. Seine Anmeldung für zwei Veranstaltungen sei abgelehnt worden. Im Juni habe der langjährige ehemalige Geschäftsführer des Vereins Rudi Klemm auf einer Sitzung des Kreisverbandes Nienburg des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes in Steimbke über eine Stunde Hass und Hetze gegen die AfD produziert. WABE e.V. zeichne sich daher durch fehlendes Demokratieverständnis aus. Er fordere die Auflösung dieses Vereins.

Landrat Kohlmeier erwidert, es gehe um das Netzwerk, das die beiden Kreisstädte und die beiden Landkreise Nienburg und Verden miteinander bilden würden. Der

Verein sei nicht Gegenstand des Netzwerks, sondern ein eigenständiger Verein, bei dem der Landkreis Mitglied sei. Rudi Klemm sei ehemaliger Geschäftsführer dieses Vereins, aber nicht im Netzwerk gewesen. Berufen worden sei er vom geschäftsführenden Vorstand des Vereins, dem der Landkreis Nienburg und auch die anderen Kommunen nicht angehören würden. Er widerspreche daher der Darstellung des KTA Schiemann, dass es um ein Netzwerk von vier Kommunen mit einer Intention gehe, „linksgerichteten woken Ausrichtung“ gebe. Das Netzwerk richte sich vielmehr gegen rassistische, extremistische und demokratiefeindliche Bestrebungen aller Richtungen. Nach seiner Wahrnehmung war die Wortmeldung ausschließlich auf den Verein bezogen. Dieser sei weder Gegenstand dieses Tagesordnungspunkts noch sei er Bestandteil des Netzwerkes.



Protokoll zu TOP 14

13.12.2024

Mitteilungen/Anfragen

Beratungsgang:

Es werden keine Mitteilungen abgegeben und keine Anfragen gestellt.



Protokoll zu TOP 15

13.12.2024

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.